

KATJA HERMANN

GAZA NACH DEM KRIEG

WARUM EINE POLITISCHE LÖSUNG GEFRAGT IST UND ES NICHT NUR DARUM GEHEN DARF, DAS «GEFÄNGNIS» WIEDER AUFZUBAUEN¹

Der Gazastreifen soll wieder aufgebaut werden. Auf einer groß angelegten Geberkonferenz am 12. Oktober 2014 in Kairo wurden 5,4 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau des Gazastreifens zugesagt.² Der schnelle bauliche Wiederaufbau ist ohne Frage das Gebot der Stunde, Zehntausende Menschen warten darauf, dass ihre Häuser wiederhergestellt werden, damit sie wieder ein Zuhause haben. Es wäre aber kurzsichtig, alle Bemühungen nur auf den Wiederaufbau zu konzentrieren. Vielmehr muss dringend eine politische Lösung für Gaza gefunden werden, die nicht nur auf ein Ende der Blockade des Küstenstreifens abzielt, sondern ihn als Teil eines freien und unabhängigen Palästinas begreift. Eine alleinige Fokussierung auf den baulichen Wiederaufbau, die nicht den politischen Kontext berücksichtigt, birgt das große Risiko, die Blockade und Isolierung des Gazastreifens fortzusetzen und damit die wesentlichen Konfliktursachen nicht zu beheben.

Momentan gibt es Anlass zu der Befürchtung, dass es keinen Paradigmenwechsel im Umgang mit Gaza geben wird, sondern dass vielmehr die dominierenden Erzählungen und bekannten Asymmetrien des israelisch-palästinensischen Konflikts weiter zugespitzt werden: Das israelische Narrativ von Konflikt und Krieg dominiert die öffentliche und veröffentlichte Meinung und legitimiert die Militäroperation und die Fortsetzung der Blockade mit Sicherheitsinteressen; die Geberländer finanzieren den Wiederaufbau, ohne dabei Israel in die Verantwortung zu nehmen; Israel verhindert weiterhin, dass die Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats vor Ort ihre Arbeit aufnehmen und die Rechtsverletzungen beider Konfliktparteien untersuchen kann, während die palästinensische Seite, einschließlich Hamas, dem bereits zugestimmt hat;³ es werden keine Garantien für den zukünftigen Schutz der Zivilbevölkerung sowie der wiederaufgebauten Infrastruktur verhandelt; die Gaza-Krise wird losgelöst von den anderen Schauplätzen des israelisch-palästinensischen Konflikts behandelt, dabei sollte Gaza ein kohärenter Teil einer umfassenden Konfliktbearbeitung sein, die ein Ende der israelischen Besatzung und die palästinensische Unabhängigkeit anvisiert.

FOLGEN DES GAZA-KRIEGES

Die Bilder von Tod und Zerstörung im Gazastreifen gingen um die Welt und sorgten für Entsetzen, lange nachgewirkt haben sie nicht. Nur wenige Tage nach dem durch Ägypten vermittelten Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und der Hamas am 26. August 2014 verschwand Gaza weitgehend aus den Medien und Köpfen. Der 50-tägige Krieg,

dem die Bevölkerung im Gazastreifen schutzlos ausgeliefert war – es gibt keine Bunker oder Schutzräume, und eine Flucht ist aufgrund der Abriegelung des Gebiets so gut wie unmöglich –, gehört zu dem Schlimmsten, was die Menschen in Gaza je erlebt haben. Dabei war die Situation im Gazastreifen bereits vor dem Krieg äußerst angespannt: Die siebenjährige Blockade durch Israel sowie die Abriegelung des Küstenstreifens von ägyptischer Seite haben das wirtschaftliche Leben weitgehend zum Erliegen gebracht. Die Blockade verhinderte den Zugang zu 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen und zu 85 Prozent der Fischereigewässer.⁴ Mangelwirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit und Armut waren die Folge, mehr als die Hälfte der Bevölkerung galt als «food insecure».⁵ Auch der Zugang zu Baumaterialien gestaltete sich seit Jahren schwierig, nur ein kleiner Teil wurde über Israel importiert (20 Prozent), der Rest kam entweder über die Grenze zu Ägypten (30 Prozent) oder gelangte über Tunnel in den Gazastreifen (50 Prozent).⁶

Massive Einschränkungen gibt es nach wie vor auch bei der Stromversorgung, zudem leidet Gaza unter schwerwiegenden Verschmutzungen von Wasser und Boden – die UN warnten bereits 2012 davor, dass der Gazastreifen im Jahr 2020 bei einem zu erwartenden Bevölkerungswachstum von einer Millionen Menschen nicht mehr bewohnbar sein wird.⁷ Die Bewegungsfreiheit der rund 1,8 Millionen Menschen ist seit Langem stark eingeschränkt, Ein- und Ausreisen von und nach Gaza wurden und werden PalästinenserInnen nur in Ausnahmefällen genehmigt, und dass, obwohl mehr als ein Drittel der Bevölkerung Verwandte im Westjordanland oder in Israel hat. Mit der weitgehenden Schließung des

Grenzübergang nach Ägypten sowie der Zerstörung eines Großteils der Tunnel im Sommer 2013 verschlimmerte sich die Lage und wuchs der Druck auf die Bevölkerung.

Die Erleichterung über das Ende der Militäroperation «Protective Edge» mischte sich in Gaza mit dem Schrecken der Kriegsfolgen: 20.000 Häuser und Wohnungen waren zerstört oder schwer beschädigt, Dutzende Fabriken, Schulen und Krankenhäuser, das Elektrizitätswerk und viele Straßen waren beschädigt worden. Städte und Wohnviertel wie Beit Hanoun und Shuja'iya in der Nähe der Grenze zu Israel waren besonders schwer von Zerstörungen betroffen. Laut UN-Angaben sind in diesem Krieg mindestens 2.100 PalästinenserInnen getötet und mehr als 11.000 verletzt worden, es wird davon ausgegangen, dass rund 80 Prozent von ihnen aufgrund ihrer Verletzungen mit dauerhaften Beeinträchtigungen leben müssen. Mehr als 485.000 Menschen waren aus ihren Häusern und Wohnungen geflüchtet, und auch Monate nach Kriegsende sind immer noch rund 110.000 Menschen obdachlos, leben in zu Notunterkünften umgestalteten Schulen oder bei Verwandten, andere harren in ihren zerstörten Häusern aus.⁸

Neben den sichtbaren sind es auch in diesem Krieg die unsichtbaren Folgen, die besonders schwer wiegen, die posttraumatischen und psychosomatischen Störungen, von denen in Gaza die allermeisten Menschen betroffen sind. Angststörungen, Depressionen und Rückzugsverhalten gehören dazu, die Selbstmordrate ist gestiegen. Kinder leiden unter Flashbacks und Albträumen, nassen ein, entwickeln Aggressionen und können sich nur schlecht konzentrieren.⁹ Das alles ist leider nicht neu für Gaza, aber es scheint, als sei mit diesem Krieg eine rote Linie überschritten worden, nie war das Ausmaß an Leid und Verzweiflung größer. Immer mehr Menschen versuchen, den Gazastreifen zu verlassen, oder denken darüber nach, dies zu tun, viele können die Situation nicht mehr aushalten, sehen keine Perspektive.

WIEDERAUFBAU DES GAZASTREIFENS

Als sich im Oktober 2014 VertreterInnen von 50 Staaten und 20 internationalen Organisationen zur Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Gazastreifens in Ägypten trafen, waren Tausende zerstörte Häuser sowie Infrastruktur aus früheren Gaza-Kriegen noch nicht wieder aufgebaut, und auch die dafür zugesagten Hilfsgelder standen zum Teil noch aus. Um Erfahrungen mit vorherigen Wiederaufbauprozessen einzubringen und den Prozess transparent und partizipativ mitzugestalten, bemühten sich VertreterInnen der palästinensischen Zivilgesellschaft frühzeitig um eine Teilnahme an der Konferenz, allerdings ohne Erfolg. Mit Ausnahme einiger PolitikerInnen und Geschäftsleute war Gaza auf dem Gebertreffen nicht vertreten, eine politische Diskussion, die dringend notwendige Kontextualisierung der Kriegereignisse sowie die Verknüpfung der Wiederaufbaupläne mit Sicherheitskonzepten für Gaza fanden nicht statt.

Dabei hatten palästinensische zivilgesellschaftliche Akteure bereits vor der Geberkonferenz ein 8-Punkte-Papier vorgelegt, in dem sie ihre Erwartungen und Forderungen an die Gestaltung des Wiederaufbaus darstellen, die weit über einen rein auf Hilfe fokussierten Ansatz hinausgehen und stattdessen auf eine umfassende politische Handhabung des Gaza-Konflikts setzen. Konkret fordert das palästinensische Netzwerk PNGO, das rund 145 lokale NGOs vertritt, dass

1. Israel für die Kriegshandlungen in Gaza sowie für andere Übergriffe gegenüber den PalästinenserInnen zur Verantwortung gezogen wird;

2. die Bemühungen des Wiederaufbaus nicht losgelöst von dem Streben der PalästinenserInnen nach Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung betrachtet werden;
3. die Geberländer und -organisationen den Schutz der von ihnen geförderten Projekte sicherstellen und von Israel Reparaturzahlungen im Falle von Zerstörung von Infrastruktur fordern;
4. die israelisch-ägyptische Blockade des Gazastreifens beendet und der freie Personen- und Warenverkehr ermöglicht wird, einschließlich jener Materialien, die für den Wiederaufbau benötigt werden;
5. die internationale Gemeinschaft sicherstellt, dass Israel nicht vom Wiederaufbau des Gazastreifens profitiert, indem israelische Materialien gekauft werden; stattdessen sollen – so weit wie möglich – palästinensische Ressourcen genutzt werden, um zur Stärkung des palästinensischen Arbeitsmarktes und der palästinensischen Wirtschaft beizutragen;
6. alle Sektoren gleichermaßen beim Wiederaufbau berücksichtigt werden: Gesundheit, Infrastruktur, Bildung, Industrie, Handel, Umwelt und Landwirtschaft;
7. der Wiederaufbau den Prinzipien von Transparenz und Rechenschaftspflicht Rechnung trägt und dass ein möglichst breites Bündnis von internationalen und lokalen Stakeholdern an dem Wiederaufbau beteiligt wird, um ihn zu einen gemeinsamen Prozess zu machen, und dass
8. ein Expertenkomitee zur Planung und Überwachung des Wiederaufbaus gegründet wird.¹⁰

Betrachtet man die bisherigen Entwicklungen im Umgang mit der Gaza-Krise, lässt sich schnell feststellen, dass bislang keine der oben genannten Forderungen berücksichtigt wurde. Im Gegenteil: Im Rahmen des sogenannten Gaza-Wiederaufbau-Mechanismus (GRM), den der UNSCO (Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für den Nahen Osten) entwickelt und auf den er sich Mitte September 2014 mit der israelischen Regierung und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) verständigt hat,¹¹ werden hauptsächlich technische Abläufe wie Schadensaufnahme, Einfuhr und Kontrolle der Baumaterialien geregelt.

GAZA-WIEDERAUFBAU-MECHANISMUS

Der GRM¹² versteht sich als Mechanismus, der sowohl den Bedürfnissen der PalästinenserInnen im Prozess des Wiederaufbaus als auch israelischen Sicherheitsbedenken Rechnung tragen soll. Er basiert auf der Prämisse, dass die für den Wiederaufbau notwendige Einfuhr von Baumaterialien aufgrund ihrer möglichen Zweitverwendung zum Tunnel- und Raketenbau (*dual use material*) besonderer Steuerung und Kontrolle bedarf. Wer im Gazastreifen Baumaterialien benötigt, seien es Einzelpersonen oder Organisationen, muss ein mehrstufiges Verfahren durchlaufen, das von ExpertInnen humanitärer Hilfe als sehr kompliziert und wenig transparent kritisiert wird.¹³

Zunächst muss der Schaden aufgenommen und in Form eines umfangreichen Dossiers mit Bauplänen, Mengengerüst, GPS-Koordinaten und zahlreichen persönlichen Daten der Person, die den Antrag stellt, an das palästinensische Ministerium für öffentliche Arbeit und Wohnungsbau in Gaza übergeben werden. Nach Prüfung der Unterlagen werden diese an das Ministerium für Zivilangelegenheiten in Ramallah weitergeleitet und erneut einer Prüfung unterzogen. Anschließend gehen die Anträge zur abschließenden Prüfung und Genehmigung an die israelischen Behörden. Alle Daten

werden in gemeinsamen Datenbanken gespeichert. Genehmigt Israel den Antrag auf Erhalt von Baumaterialien, können diese im Gazastreifen von lizenzierten Firmen erworben werden. Israel kann ein Veto einlegen, will es die Lieferung von Materialien an bestimmte Personen oder Organisationen verhindern. Die Warenübergabe erfolgt anschließend in mit Überwachungskameras ausgestatteten Lagerhallen, um Verkauf und Verbleib der Ware zu dokumentieren. Die Verwendung des Materials wird von der Organisation UNOPS (Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste) überwacht.

Die Überwachungs- und Kontrollkapazitäten des GRM sind allerdings beschränkt, ein Teil der Materialien wird auf dem Schwarzmarkt unkontrolliert und für ein Vielfaches weiterverkauft, einen möglichen Missbrauch der Ware kann der GRM also nicht verhindern. Der allergrößte Teil der Baumaterialien kommt derzeit aus Israel, dies gilt insbesondere für Zement, der von der Firma Neshar Israel Cement Enterprises geliefert wird. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass rund 65 Prozent aller für den Wiederaufbau benötigten Materialien von israelischen Firmen geliefert werden sollen.¹⁴

Der Wiederaufbau des Gazastreifens kommt nur stockend voran, so waren im Dezember 2014 nur zwei Prozent, andere Quellen sprechen von vier Prozent, der hierfür benötigten Materialien in Gaza eingetroffen. Schätzungen zufolge wird der Wiederaufbau auf diese Weise mindestens 20 Jahre dauern.¹⁵ Die Gründe für diese Verzögerungen sind vielschichtig, fest steht, dass der komplizierte GRM seinen Teil dazu beiträgt, da er für die Antragstellenden, insbesondere für Privatpersonen, eine große Herausforderung darstellt. Selbst professionelle Hilfsorganisationen hadern mit dem Verfahren, und viele haben deshalb noch gar nicht angefangen, bauliche Hilfsprojekte im Gazastreifen umzusetzen. Politisch stehen vor allem die Vereinten Nationen wegen ihrer Rolle beim GRM in der Kritik. Mit der Entwicklung und Genehmigung dieses Mechanismus ermöglichen sie Israel nicht nur deutlich mehr Kontrolle über die Gesellschaft des Gazastreifens, sie legitimieren durch das dort verankerte Vetorecht für die israelische Regierung auch die Verweigerung von Hilfsleistungen an «nicht genehme» Zielgruppen, was grundlegenden Prinzipien der humanitären Zusammenarbeit aushebelt.¹⁶

Als ein weiterer Grund für das langsame Fortschreiten des Wiederaufbaus werden Verzögerungen bei den Überweisungen der Hilfgelder diskutiert. Verweise auf finanzielle Engpässe bei Hilfsorganisationen sowie verzweifelte Appelle an die Geberländer, ihren Zusagen endlich nachzukommen, weisen auf ein massives Problem hin.¹⁷ Auch die PA steht in der Kritik, man wirft ihr vor, die Anträge nicht zügig genug zu prüfen und damit das Verfahren hinauszuzögern. Zudem wird kritisiert, dass Gelder aufgrund von internen Konflikten in der PA nicht ausgezahlt werden, sodass genehmigte Projekte nicht realisiert werden können. Es ist davon auszugehen, dass all diese Gründe ihren Teil dazu beitragen, den Wiederaufbau zu bremsen, Leidtragende dieses Versagens der lokal und international Verantwortlichen sind wiederum die Menschen in Gaza, die derzeit irgendwie versuchen, über den Winter zu kommen.

INNERPALÄSTINENSISCHE SITUATION

Die Gaza-Krise und die gegenwärtigen Wiederaufbaubemühungen finden in einem hochkomplexen politischen Umfeld statt, das hier nur kurz skizziert werden soll.¹⁸ Erst im Mai 2014 hatte sich eine Regierung der nationalen Einheit im Westjordanland und im Gazastreifen formiert. Diese tech-

nokratische Einheitsregierung, an der Hamas und Fatah formal nicht beteiligt sind, ist in erster Linie als pragmatischer Schritt dieser beiden stark geschwächten Hauptakteure zu verstehen: Nach dem Scheitern der Verhandlungsinitiative von US-Außenminister John Kerry im Frühjahr 2014 verfolgten Fatah und Hamas verstärkt das Ziel, die tiefe Spaltung palästinensischer Politik zu überwinden und vereint alternative Handlungsoptionen für ein Ende der Besatzung und den Aufbau eines eigenständigen Staates zu formulieren. Dieser Schritt fand in der palästinensischen Bevölkerung sehr große Unterstützung, und während auch die USA und Europa die Entwicklung begrüßten, ließ Israel nichts unversucht, um die Legitimität der neuen Regierung zu untergraben.

Bislang hat die Einheitsregierung zwar gehalten, der Druck auf sie ist aber enorm. Einerseits steht sie zu den bisherigen Abkommen mit Israel und insbesondere zu der innerpalästinensisch hoch umstrittenen Sicherheitskooperation – das zeigt nicht zuletzt ihre Beteiligung am GRM –, andererseits muss sie Wege für politische Erfolge finden, sprich für ein Ende der Besatzung, der Gewalt, der Vertreibungen und Enteignungen, um innergesellschaftlich nicht weiter an Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu verlieren. Krieg und Wiederaufbau stellen sie vor große Herausforderungen; unterstützte Ramallah zunächst den von der Hamas angeführten militanten Widerstand gegen Israel, war es spätestens mit Ende des Krieges mit dem Schulterchluss wieder vorbei, und die alten Konflikte brachen sich erneut Bahn. Die palästinensische Regierung macht sich seitdem in Gaza rar, nur zweimal besuchte bislang eine größere Delegation den Küstenstreifen, die Bevölkerung in Gaza fühlt sich von Ramallah im Stich gelassen.

Die Hamas wiederum ging als führende Kraft des militanten Widerstands gestärkt aus dem Krieg hervor und nutzt die Präsenz- und Handlungsschwäche der Regierung für eigene Interessen.¹⁹ Machtgerangel und Reibereien zwischen PA und Hamas im Umgang mit dem GRM sowie bei der Handhabung der Grenzkontrollen zu Israel tragen zu Verzögerungen bei der Einfuhr von Baumaterialien bei. Das de facto bestehende Machtvakuum in Gaza ist gefährlich und kann jederzeit zu einer Eskalation der Lage führen. Zudem bietet es jenseits von der Hamas Raum für die Entstehung und Konsolidierung radikaler islamistischer Kräfte. Neben salafistischen Gruppierungen und solchen, die Al-Qaida nahestehen, sollen mittlerweile auch IS-Gruppen (oder solche, die diesen Namen für sich nutzen) in Gaza aktiv sein.

PARADIGMENWECHSEL DRINGEND NOTWENDIG

Der bisherige Verlauf des Wiederaufbauprozesses und insbesondere der GRM zeigen sehr deutlich, dass ein Umdenken, ein Paradigmenwechsel im Umgang mit dem Gazastreifen auch nach dem jüngsten Krieg nicht zu erwarten ist. Kaum ein Wort ist zu hören von der Aufhebung der Blockade, nichts von der Wiederherstellung der territorialen Integrität des Gazastreifens und des Westjordanlands, nichts von einem verbindlichen Schutz von Bevölkerung und Infrastruktur. So wichtig es ist, israelische Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen, so sehr ist es auch an der Zeit, die Rechte der PalästinenserInnen auf Sicherheit und Entwicklung ernst zu nehmen.

Prozesse und Mechanismen, die dagegen einseitig dem israelischen Narrativ des Konflikts Rechnung tragen, sind allerdings eher Teil des Problems als Teil einer Lösung. Dieses Narrativ beschreibt die Militäraktion als legitim und notwen-

dig, um Tunnelbau und Raketenbeschuss auf Israel durch die Hamas und andere palästinensische Gruppierungen zu unterbinden, und ordnet deshalb auch den Wiederaufbau weitgehend dieser Prämisse unter, indem die Kontrolle über die Verteilung der Hilfsleistungen de facto der dominanten Konfliktpartei überlassen wird.

Damit nicht genug, auch der Umstand, dass Israel zu den größten Profiteuren des Wiederaufbaus gehören wird, ist weder politisch noch moralisch akzeptabel und sollte auch von den Gebern, die den Wiederaufbau finanzieren, kritisch reflektiert werden. Erst mit einer wie unter anderem von dem Zusammenschluss internationaler Entwicklungsorganisationen (AIDA)²⁰ geforderten Rechenschaftspflicht sowie der Einführung des Non-Profit-Prinzips für am Konflikt beteiligte Akteure kann der profitable Kreislauf von Zerstörung und Wiederaufbau gestoppt werden. Es wäre die Aufgabe der Geberorganisationen und der UN, sich für solche (und viele weitere) Maßnahmen einzusetzen, anstatt Gaza wieder und wieder wie eine Art Naturkatastrophe zu behandeln und die strukturellen Ursachen der Krisen zu ignorieren.

Nur durch eine kritische Untersuchung der Kriegshandlungen – wie möglicherweise bald durch den Internationalen Strafgerichtshof²¹ –, die Aufhebung der jahrelangen israelisch-ägyptischen Blockade des Gazastreifens und die substantielle Beteiligung der PalästinenserInnen an der Gestaltung des Wiederaufbaus kann die Basis für eine nachhaltige Entwicklung des Gazastreifens in Freiheit und Würde gelegt werden. Die Unterstützung der Demokratisierung palästinensischer Politik und Verfahren sollte dabei den roten Faden darstellen. Ohne einen solchen Paradigmenwechsel und ohne eine baldige politische Lösung, die palästinensische Bestrebungen nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit berücksichtigt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass eine neue Konflikteskalation alle Wiederaufbaubemühungen ad absurdum führen wird; bereits im Winter 2014 gab es im Grenzgebiet zwischen Israel und Gaza wieder militante Auseinandersetzungen.²²

Humanitäre und entwicklungspolitische Akteure müssen aufhören, sich auf vermeintlich unpolitische Mandate zurückzuziehen und nur «Projekte zu machen». Insbesondere in Konfliktsettings widerspricht dies nicht nur dem gesunden Menschenverstand, sondern auch jenen zahlreichen entwicklungspolitischen Leitlinien, die uns lehren, einen ganzheitlichen und konfliktsensitiven Blick auf unsere Arbeit

zu richten. Internationale Zusammenarbeit verliert dann an Glaubwürdigkeit und Sinn, wenn sie mehr oder minder losgelöst von politischen Realitäten und Verantwortlichkeiten stattfindet und nicht den Anspruch hat, zu einem Mehr an struktureller Gerechtigkeit beizutragen. In einem solchen Fall drohen Geber zu Komplizen von Besatzung und Abriegelung zu werden, eine Kritik, die in den Palästinensischen Gebieten zunehmend lauter wird.²³ Die Zeit läuft gegen Gaza, und jeder Mensch, der mit dem Gazastreifen zu tun hat, weiß das.

Katja Hermann ist Büroleiterin des Regionalbüros Palästina der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah.

1 Eine Langversion dieses Textes wird in englischer Übersetzung in der Reihe «PalPapers» des Regionalbüros Palästina der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht. **2** Unerwähnt bleibt in diesem Kontext häufig, dass rund die Hälfte der Summe in den Haushalt der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) fließt und nicht zwingend dem Wiederaufbau zugutekommt. Vgl. New York Times, 12.10.2014, www.nytimes.com/2014/10/13/world/middleeast/us-pledges-212-million-in-new-aid-for-gaza.html?_r=0. **3** Die unabhängige UN-Untersuchungskommission wird bislang von Israel an der Einreise in den Gazastreifen, in das Westjordanland sowie nach Israel gehindert. Sie hat mittlerweile begonnen, Zeugenaussagen mittels verschiedener Kommunikationsmedien aufzunehmen. Vgl. Erklärung der United Nations Independent Commission of Inquiry on the 2014 Gaza Conflict, 23.12.2014, www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=15456&LangID=E. **4** Vgl. Barakat, Sultan/Shaban, Omar: Back to Gaza: A New Approach to Reconstruction, in: Policy Briefing, January 2015, Brookings Doha Center, S. 4f., www.brookings.edu/~media/research/files/papers/2015/01/12%20gaza%20reconstruction/english%20pdf.pdf. **5** Vgl. Gisha – Legal Center for Freedom of Movement: The Gaza Cheat Sheet. Real Data on the Gaza Closure, 19.1.2015, www.gisha.org/UserFiles/File/publications/Info_Gaza_Eng.pdf. **6** Vgl. Barakat/Shaban: Back to Gaza, S. 10. **7** Vgl. UNRWA, 28.8.2012, www.unrwa.org/newsroom/press-releases/gaza-2020-liveable-place. **8** Vgl. Barakat/Shaban: Back to Gaza, S. 5. **9** Zu den Auswirkungen des Krieges auf Kinder siehe Middle East Eye, 30.12.2014, www.middleeasteye.net/in-depth/features/children-gaza-haunted-memories-war-386296060. **10** Vgl. Palestinian NGO Network (PNGO): PNGO Network Position regarding the Gaza Strip Reconstruction Conference, 20.9.2014. **11** Vgl. UN-Nachrichtenseite, 16.9.2014, www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=48730#VM1bhrkcRjo. **12** Vgl. das offizielle Fact Sheet der UN zum Gaza Reconstruction Mechanism (GRM), www.unsco.org/Gaza%20Reconstruction%20Mechanism%20Fact%20Sheet%209%20October%202014.pdf. **13** Vgl. Othman, Riad: Gaza: Die Unmöglichkeit des Wiederaufbaus, in: medico international (mi) Hausblog, <http://medico.de/blogs/medico-hausblog/2014/12/23/490/>. **14** Vgl. Interview der Autorin mit dem Gazaer Ökonomen Omar Shaban, Dezember 2014, www.rosalux.de/news/41122. **15** Vgl. ebd. und Gisha – Legal Center for Freedom of Movement, <http://gisha.org/updates/3901>. **16** Zur Kritik an der Rolle der UN siehe <http://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/under-cover-reconstruction-un-and-pa-become-enforcers-israels-gaza-siege>. **17** Vgl. u. a. UNRWA: Gaza-Situationsbericht 76, 22.1.2015, www.unrwa.org/newsroom/emergency-reports/gaza-situation-report-76. **18** Für eine Analyse des politischen Kontextes siehe z. B. Baumgarten, Helga: Das «System Oslo» und der Krieg gegen Gaza, in: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (inamo) 79, 2014, S. 34–38. **19** Vgl. Middle East Eye, 30.12.2014, www.middleeasteye.net/news/hamas-palestinian-government-failing-gaza-207798688. **20** Zu den Forderungen von AIDA siehe AIDA: Reconstructing Gaza: Five Principles for Transformative Change, AIDA Policy Paper, 3.10.2014, www.diakonia.se/globalassets/blocks-ihl-site/ihl---rights-side-boxes/reconstructing-gaza-five-principles-for-transformative-change.pdf. **21** Nach dem Beitritt Palästinas zum Grundlagenvvertrag des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag hat dieser Vorermittlungen wegen des Gaza-Kriegs aufgenommen. **22** Vgl. Haaretz, 25.12.2014, www.haaretz.com/news/middle-east/.premium-1.633640#. **23** Vgl. u. a. Lester Murad, Nora: Donor Complicity in Israel's Violations of Palestinian Rights, al-shabaka policy brief, 24.10.2014, <http://al-shabaka.org/node/876>.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Februar 2015

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling